

Susanne Aumann

*Dipl.-Verwaltungswirtin, M.P.A., Städtische Verwaltungsrätin
Lehrbeauftragte der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen
Vorsitzende der Deutschen Beamtenbund-Jugend Nordrhein-Westfalen
Mitglied der Koordinierungsgruppe im Präventionsnetzwerk #sicherimDienst*

Düren, den 13. Januar 2023

Stellungnahme zum Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/1666:

„Heißer Herbst“: Hilfe gegen Hass und Hetze

Schriftliche Anhörung des Ausschusses für Heimat und Kommunales zum 20. Januar 2023

Sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender Guido Déus MdL,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich bedanke mich für die Möglichkeit, zu dem o.g. Antrag auf Hilfe gegen Hass und Hetze im Ausschuss für Heimat und Kommunales Stellung zu nehmen. Mit Blick auf die aktuelle Lage ist jede Initiative zur Stärkung der Ratsleute und die damit verbundene Verbesserung der Strukturen ehrenamtlicher Tätigkeit in der Kommunalpolitik zu befürworten. Im Folgenden werde ich in Vorbereitung auf die Beratungen im Ausschuss gerne auf die einzelnen Aspekte und Hintergründe eingehen.

Zur Ausgangslage

Die Arbeit der Kommunalpolitiker/-innen in den Gremien von Städten und Gemeinden wird zurecht als Keimzelle der Demokratie bezeichnet. Hier werden Satzungen beschlossen, der Gemeindehaushalt beraten oder wegweisende Entscheidungen für die Entwicklung der Kommune getroffen. Anders als andere politische Funktionen ist das Mandat auf kommunaler Ebene ein Ehrenamt. Das ehrenamtliche Engagement im Stadtrat, Gemeinderat oder Kreistag ist damit hautnahe Politik vor Ort und erfordert einen besonderen Einsatz. Klar ist, dass diese Tätigkeit an der Basis für einen funktionierenden Staat unerlässlich ist.

Gleichzeitig können Bürger/-innen in der Kommunalpolitik unmittelbar erleben, wie Entscheidungen getroffen werden. Die Aufgaben der Kommunalpolitiker/-innen sind vielfältig und reichen neben der Funktion als Beschlussorgan von verschiedenen Antragsrechten bis hin zu Auskunftspflichten. Die repräsentative Ausübung als gewählte Volksvertreter/-innen bringt ihrerseits Herausforderungen mit sich. Wer entscheidet, beschließt und damit Weichen für konkrete Maßnahmen stellt, trifft damit nicht immer die Erwartungshaltung der Bevölkerung. Vor dem Hintergrund der Debatte um Verrohungstendenzen in der Gesellschaft stehen Amtsträger/-innen der Kommunalpolitik in einem besonderen öffentlichen Fokus und können damit als Personen des öffentlichen Lebens schnell zur Zielscheibe von Hass, Hetze und Gewalt werden.

Auch in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) lässt sich ein genereller Trend ableiten. Das Bundeskriminalamt liefert bundesweite Übersichtszahlen: Demnach sind die Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger/-innen in den letzten vier Jahren um fast 200 Prozent gestiegen. Laut der zuletzt veröffentlichten PKS 2021 wurden 4458 dieser Straftaten erfasst, im Jahr 2017 waren es noch 1527.

Es ist unstrittig: Die Gewalt und die Aggressionen gegen Amts- und Mandatsträger/-innen nehmen zu. Dabei umfasst der Gewaltbegriff viele Facetten und beschränkt sich nicht allein auf schwerwiegende Formen der physischen oder psychischen Übergriffe. Unter den hier zu betrachtenden Gewaltbegriff fallen sowohl strafrechtlich relevante Delikte, wie etwa Beleidigungen oder Bedrohungen, als auch Hass-Nachrichten, Aggressionen, Anfeindungen oder Abwertungen – sowohl live, als auch online.

Insofern ist das Aufgreifen des Themas mit einem speziellen Blick auf die ehrenamtlichen Kommunalpolitiker/-innen zu begrüßen. Auch wenn die Befassung mit dem Phänomen im Landtag nicht neu ist und bereits in den letzten Wahlperioden Thema in verschiedenen Kleinen Anfragen oder Anträgen war, so erscheint ein aktuelles, deutliches und öffentliches Bekenntnis der Landespolitik zur lokalen Demokratie zielführend und kann in der aktuellen Lage mehr denn je einen wertvollen Beitrag zur Verbesserung der Situation der Ehrenamtler/-innen leisten.

Auf die einzelnen Forderungen aus dem Antrag gehe ich im Folgenden näher ein.

Zur Ergänzung der Studienlage bzgl. Hass und Hetze gegen Ratsleute um einen NRW-Bezug

Viele Ratsleute klagen über Anfeindungen – persönliche Angriffe am Infostand, Beleidigungen per Mail oder auf Social Media – ganz zu schweigen von dem Dunkelfeld, welches gar nicht an die Öffentlichkeit gelangt. Insofern eignet sich Forschung grundsätzlich sehr gut, um durch Umfragen bei der Zielgruppe in einer Studie ein (möglichst) objektives Lagebild zu ermitteln.

Die vorliegenden Befunde des im Antrag zitierten „Kommunalen Monitorings“ – einer Befragung aller ehren- und hauptamtlichen (Ober-) Bürgermeister/-innen und Landrät/-innen – sind zweifelsohne alarmierend. Auch einer aktuellen Studie der Heinrich-Böll-Stiftung zu Folge haben zahlreiche deutsche Kommunalpolitiker/-innen schon Erfahrungen mit Anfeindungen und Gewalt gemacht.¹ Diese untersuchte mit einem besonderen Augenmerk für gruppenspezifische Unterschiede Bedrohungserfahrungen von Amts- und Mandatsträger/-innen in der lokalen Demokratie deutscher Großstädte. Mit 2.166 Teilnehmenden ist anzunehmen, dass diese als derzeit umfassendste Umfrage zu den Bedrohungslagen kommunaler Repräsentant/-innen zur Verfügung steht.

*„Die Kommunalpolitik galt lange als Ort einer vorrangig sachpolitischen und damit weniger konfliktbehafteten politischen Debattenkultur. Doch dieser Eindruck trägt. Zunehmend werden Übergriffe auf Amts- und Mandatsträger*innen vermeldet. Das ist bedenklich, denn Anfeindungen und Aggressionen in der Kommunalpolitik treffen und gefährden wegen der räumlichen Nähe die demokratische Gesellschaft und ihre Institutionen in besonderer Weise.“* heißt es in der o.g. Studie.

Auch wenn die Befragung aufgrund ihrer Form nicht als repräsentativ gelten kann, sprechen die absoluten Zahlen eine deutliche Sprache. Die geschilderten Erfahrungen sind keine Einzelfälle, sondern ein breites Phänomen. Das eindeutige Ergebnis: „Bedrohungserfahrungen sind nahezu überall in Deutschland in den deutschen Großstädten Teil des politischen Alltags.“ Bei der Art der Anfeindung ergab sich unter den Kommunalpolitiker/-innen mit Bedrohungserfahrung ein unterschiedliches Bild:

- 41 Prozent der Teilnehmenden mit Bedrohungserfahrung berichteten von Beleidigungen und Bedrohungen durch Anrufe, E-Mails, Briefe oder Faxe.
- 44,7 Prozent dieser Amts- und Mandatsträger/-innen erzählen von Beleidigungen oder Bedrohungen in sozialen Netzwerken.
- 47,6 Prozent gaben an, schon einmal in direkter Begegnung beleidigt oder bedroht worden zu sein, etwa am Partei- oder Infostand.
- 9,6 Prozent der Amts- und Mandatsträger/-innen mit Bedrohungserfahrungen gaben an, im Rahmen ihres Engagements mindestens einmal körperlich angegriffen oder bedrängt worden zu sein.

Gleichzeitig legt die genannte Studie auch offen, wie stark und resilient die lokale Demokratie doch ist. Die Mehrheit der Befragten lässt sich von den negativen Erfahrungen nicht abschrecken und will weiterhin politisch gestalten. Knapp fünf Prozent der betroffenen Politiker/-innen erwägen einen Rückzug aus der Kommunalpolitik. Die bisherigen Befunde zeigen einmal mehr auf, wie herausfordernd die kommunalpolitische Repräsentation ist. Mit Blick auf die Bedrohungslage liegt es auf der Hand, dass Diskussions- und Handlungsbedarf zur Verbesserung der Situation besteht. So fasst auch die Studie zusammen: *„Gerade aber weil die Qualität der Demokratie und der Repräsentation in der kommunalen Demokratie auf dem Spiel steht und gefährdet ist, lohnt sich die weitere Suche nach Zusammenhangswissen und Handlungsmöglichkeiten.“*

Fraglich bleibt, ob weitergehende Studien unter Fokussierung der Zielgruppe auf NRW mit Blick auf die bereits vorliegenden Befunde tatsächlich andere bzw. neue Erkenntnisse offenbaren und damit verbunden im Umgang mit dem Gewaltphänomen in der Kommunalpolitik weiterhelfen. Zielführender erscheint es, die bestehenden Befunde und bereits durchgeführten Studien in einem Forschungsbericht zusammenzufassen, der als Grundlage für die Untersuchung der Zusammenhänge und damit verbundene Handlungsmöglichkeiten dienen kann.²

¹ Vgl. „Vielfältige Repräsentation unter Druck: Anfeindungen und Aggressionen in der Kommunalpolitik“ unter https://www.boell.de/sites/default/files/2022-12/studie_vielfaeltige-repraesentation-unter-druck_anfeindungen-und-aggressionen-in-der-kommunalpolitik-.pdf

² Vgl. Forschungsbericht aus dem ressortübergreifenden Projekt „Mehr Schutz und Sicherheit von Beschäftigten im öffentlichen Dienst“ unter <https://www.sicherimdienst.nrw/forschung>

Zur Aktualisierung und Ergänzung des Leitfadens „Mehr Schutz und Sicherheit von Beschäftigten im öffentlichen Dienst“ sowie die „Handlungsempfehlungen für Mandats- und besondere Amtsträger“ um die Zielgruppe der Ratsleute

Die NRW-Initiative des Landeskabinetts wurde im Juni 2021 mit dem Ziel gestartet, „Mehr Schutz und Sicherheit von Beschäftigten im öffentlichen Dienst“ zu fördern. Begleitet von einer Interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG) erarbeitete eine ressortübergreifende Landesprojektgruppe ein Präventionsnetzwerk, einen Präventionsleitfaden und einen Forschungsbericht. Das entstandene Netzwerk *#sicherimDienst* bietet Erfahrungsaustausch, zielgruppenspezifische Handlungsempfehlungen und eine Reihe von Praxisbeispielen aus verschiedenen Behörden und Institutionen im ganzen Land. Aus dem Projekt hat sich im Auftrag der Landesregierung eine dauerhafte Zusammenarbeit entwickelt: die Koordinierungsgruppe setzt die Arbeit gemeinsam mit der hauptamtlichen Geschäftsstelle fort.³

Sowohl während des Projekts als auch bei der Fortsetzung der Maßnahmen von *#sicherimDienst* in der Zeit danach wurde die Gruppe der Mandats- oder besonderen Amtsträger/-innen gezielt in den Fokus genommen. Diese Zielgruppe kann aufgrund ihrer herausgestellten Funktion, ihrer damit verbundenen Bekanntheit und ihrer qua Amt wahrgenommenen Entscheidungskompetenz auf Ablehnung und Anfeindungen stoßen. Zu ihnen gehören nach dem Verständnis des Präventionsnetzwerks insbesondere Kommunalpolitiker/-innen, Richter/-innen sowie Behördenleitungen.

Auch wurde bereits in einer frühen Phase sehr deutlich, dass es bei der Frage nach Schutz und Sicherheit für Amts- oder Mandatsträger/-innen nicht zielführend erscheint, zwischen hauptamtlich und ehrenamtlich Tätigen zu unterscheiden. In der komplexen Struktur unseres Staatsaufbaus geht es im Kern um die Aufgabenwahrnehmung und die damit verbundene Gefährdungslage. So sind damit bei *#sicherimDienst* Ratsleute explizit adressiert, die z.B. in der Kommunalpolitik oder in sonstigen Funktionen mit verbundener Bekanntheit tätig sind, Aufgaben im Sinne des Gemeinwohls übernehmen und dadurch entsprechend gefährdet sind. Auch wenn die einzelnen Funktionen sich in Haupt- und Ehrenamtlichkeit, in ihren Rahmenbedingungen oder ihrer Außenwirkung stellenweise unterscheiden (können), so ist die Aufgabenwahrnehmung an sich durchaus vergleichbar, so dass sich hier ähnliche Präventions- und Handlungsempfehlungen ergeben.

#sicherimDienst setzt genau an dieser Stelle an: vorhandene Ansätze und Konzepte werden gebündelt, Beispiele guter Praxis aufgezeigt und mit der Möglichkeit einer Adaption und Übertragung zur Verfügung gestellt. Die Ergebnisse stellen damit einen Mehrwert für alle dar – denn so muss das Rad nicht neu erfunden oder mühsam Hilfe gesucht werden. Vielmehr können die Beteiligten behörden- und ressortübergreifend voneinander profitieren. Gleichzeitig wird das Thema zum Thema gemacht, was eine entsprechende Sensibilisierung der Betroffenen, der Verantwortlichen und der Öffentlichkeit mit sich bringt.

Ein Baustein dieser Arbeit ist ein zielgruppenspezifisches Online-Format, die sog. SICHERE STUNDE des Präventionsnetzwerks *#sicherimDienst*.⁴ Nachdem im Jahr 2022 bereits drei Veranstaltungen für verschiedene Zielgruppen stattgefunden haben, ist ersten Quartal 2023 auch ein spezifisches Angebot für Mandats- und besondere Amtsträger/-innen geplant.

Mithin adressieren sowohl der Präventionsleitfaden als auch die spezifischen Handlungsempfehlungen die Zielgruppe der Ratsleute, so dass eine Aktualisierung zu diesem frühen Zeitpunkt nach der Erstauflage allein aus einem Blickwinkel nicht förderlich erscheint. Gleichwohl ist die Entwicklung rund um das Gewaltphänomen im öffentlichen Dienst ebenso dynamisch, wie das Engagement des Präventionsnetzwerks *#sicherimDienst* selbst. Die aktuellen Erkenntnisse fließen im engen Austausch mit der Interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG) laufend in die Arbeit ein. Es ist anvisiert, den Leitfaden perspektivisch auch digital und internativ auf der Website www.sicherimdienst.nrw abzubilden, um die gewünschte Aktualität auch langfristig zu gewährleisten. Zusammenfassend bleibt die größte Aufgabe auch in Zukunft, das Präventionsnetzwerk bekannter zu machen und die vorhandenen Angebote damit auch für alle Betroffenen zugänglich zu machen. Diese Herausforderung geht die Koordinierungsgruppe gemeinsam mit der IMAG und im Schulterschluss mit Kommunalen Spitzenverbänden, Gewerkschaften, Verbänden und Organisationen und durch konkrete Maßnahmen, Aktionen und Veranstaltungen weiterhin an.

³ Über das Team von *#sicherimDienst* <https://www.sicherimdienst.nrw/ueber-uns>

⁴ Weitere Informationen zu der Veranstaltungsreihe von *#sicherimDienst* unter <https://www.sicherimdienst.nrw/netzwerk/die-sichere-stunde>

Zur Bewerbung des Netzwerks „Stark im Amt“ der Kommunalen Spitzenverbände und dessen Bekanntmachung unter Hauptverwaltungsbeamt/-innen sowie einer potentiellen Einbindung der Ratsleute in das Netzwerk

Das Projekt „Stark im Amt“ wurde von der Körber-Stiftung, dem Deutscher Städtetag, dem Deutscher Landkreistag und dem Deutscher Städte- und Gemeindebund initiiert und bietet auf dem dazugehörigen Portal www.stark-im-amt.de eine Anlaufstelle für alle kommunalen Amts- und Mandatsträger/-innen in Deutschland, die politische Verantwortung für ihre Gemeinde übernehmen. Mit „Stark im Amt“ werden sowohl hauptamtlich tätige politische Behördenleitungen als auch ehrenamtliche Ratsleute angesprochen.

„Stark im Amt ist die erste zentrale Anlaufstelle, die Volksvertreter/-innen auf kommunaler Ebene mit Informationen und Orientierung versorgt. Gleich ob Bürgermeisterin, Landrat oder Mitglied im Stadtrat: Das Portal nimmt eine Lotsenfunktion ein und soll für alle aus dieser Gruppe Handlungsoptionen und Kontakte aufzeigen, um die Herausforderung eines Angriffs zu meistern und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Auch sollen Wege der Prävention gewiesen werden. Gleichzeitig wollen wir das öffentliche Bewusstsein für die Lage unserer Kommunalpolitiker/-innen stärken und zeigen, wie wichtig es ist, solidarisch zusammenzustehen“ heißt es auf der Website.

Insbesondere die mit der Corona-Pandemie verbundenen Effekte haben politisch Verantwortliche vor neue Dimensionen der Gewalt und Anfeindungen gestellt.⁵ Insofern bietet das Portal „Stark im Amt“ hilfreiche Informationen und Kontakte zu Anlaufstellen im Sinne einer „Hilfe zur Selbsthilfe“. Eine weitere Bekanntmachung der Plattform „Stark im Amt“ unter Hauptverwaltungsbeamt/-innen sowie allen adressierten Kommunalpolitiker/-innen, z.B. durch die gezielte Ansprache und die aktive Verbreitung über Social-Media-Kanäle verschiedener Organisationen und Institutionen ist demnach zu befürworten. Zielführend erscheint hier ein breites Bündnis an gesellschaftlichen Kräften aus Landespolitik, Behörden und Regierung, Parteien, Verbänden, Medien und zivilgesellschaftlichen Akteuren und Vereinigungen.

Zur großangelegten Aufklärungskampagne über die Arbeit von Kommunalpolitiker/-innen, um durch Informationen Ressentiment sowie Vorbehalte gegen sie abzubauen und ihren Beitrag für unsere Demokratie angemessen zu würdigen

Die (ehrenamtliche) Arbeit von Kommunalpolitiker/-innen steht aufgrund der besonderen Nähe zur Bevölkerung nicht selten im Fokus der (lokalen) Berichterstattung und gesellschaftlichen Debatten. Die damit verbundene Frage nach dem Ansehen der Ratsleute und der Attraktivität des kommunalpolitischen Ehrenamts ist daher von hoher Bedeutung für eine wehrhafte Demokratie. Die Stärkung der lokalen Demokratie durch Attraktivierung des kommunalpolitischen Ehrenamtes ist zudem essenziell, um auch in Zukunft Menschen für dieses Ehrenamt zu gewinnen. Neben der Sorge um die persönliche Gefährdungssituation gilt es mit Blick auf Nachwuchssorgen auch weitere Aspekte zu betrachten – z.B. die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Ehrenamt – auf die mit Blick auf das konkrete Thema des vorliegenden Antrags an dieser Stelle nicht näher eingegangen wird.

Nicht auszuschließen ist, dass die Zufriedenheit der Bürger/-innen und das Ansehen der Kommunalpolitik in der Gesellschaft ein Gradmesser für mögliche Gefährdungsszenarien sein kann – auch wenn der kausale Zusammenhang näher untersucht werden müsste. Insofern könnte eine – gut vorbereitete – Aufklärungs- und Sensibilisierungskampagne durchaus einen hilfreichen Beitrag zur Stärkung, Würdigung und ggf. Attraktivierung der lokalen Demokratie leisten. Klar ist, dass Respekt und Wertschätzung nicht selbstverständlich sind, sondern aktiv (vor-)gelebt und unermüdlich verteidigt werden müssen. Angriffe auf Personen, die haupt- oder ehrenamtlich zum Wohle der Allgemeinheit im Einsatz sind, stellen daher Angriffe auf die Demokratie dar. (Politisch motivierte) Gewalt und Angriffe auf Amtsträger/-innen gehen daher alle an, so dass gebündelte Kräfte aller gesellschaftlichen Strukturen sich diesem Phänomen entgegenstellen müssen.

Zu empfehlen ist auch an dieser Stelle, vorhandene Plattformen wie „Gefahrenzone Öffentlicher Dienst“ der dbb jugend nrw⁶ und Netzwerke wie #sicherimDienst und „Stark im Amt“ für mehr Reichweite zu nutzen, um die wichtigen Botschaften gezielt auch über bestehende Strukturen und Kanäle der Netzwerkpartner/-innen zu steuern.

⁵ Vgl. z.B. Lagebericht eines Hauptverwaltungsbeamten unter <https://www.angegriffen.info/es-war-eine-heuschreckenplage-die-ueber-einen-herfaellt/>

⁶ Vgl. „Gefahrenzone Öffentlicher Dienst“ der dbb jugend nrw <https://www.angegriffen.info/>

Zu den Informationsangeboten zu präventiven Handlungsmöglichkeiten der Polizei für Ratsleute sowie Amtsträger/-innen

Die im Antrag thematisierten Maßnahmen der Gefahrenabwehr und Informationsangebote der Polizei (z.B. Untersuchung von baulichen Schwachstellen am Wohnort, Sensibilisierungsgespräche etc.) sind eine Säule der wirksamen Unterstützung im kommunalpolitischen Engagement. Sie decken sich mit den Handlungsempfehlungen der Gewaltprävention für mehr Schutz und Sicherheit am Arbeitsplatz, die durch *#sicherimDienst* zusammengefasst wurden.⁷

Gewaltprävention beginnt in einem ersten Schritt mit einer Sensibilisierung für mehr Gefahrenbewusstsein. Gefahren können sowohl personenbezogen als auch organisatorisch und baulich-technisch bedingt sein. Durch die Auseinandersetzung mit konkreten Gefährdungen, deren Ursache und Wirkung sowie entsprechenden Handlungsmöglichkeiten kommen potenziell Betroffene vor die Lage. Klar ist jedoch, dass insb. politisch motivierte Gewalt vielschichtig bekämpft werden muss. Neben der Prävention kommt daher immer auch der Reaktion auf Gewaltvorfälle, der Dokumentation und Meldung durch Anzeigen sowie ggf. der strafrechtlichen Verfolgung eine wichtige Bedeutung zu.

Personen, die aufgrund politischer oder sonstiger gesellschaftlicher Aktivitäten in der Öffentlichkeit stehen und damit zur Zielscheibe von Anfeindungen oder strafbaren Handlungen werden können, steht die Polizei im Rahmen ihrer Präventionsarbeit zur Seite. Das Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen hat Präventionshinweise zum Schutz von Personen des öffentlichen Lebens zusammengestellt. Diese enthalten neben allgemeinen Verhaltenshinweisen auch Anregungen zur mechanischen und technischen Sicherung von Gebäuden. Für konkrete Fragen oder darüber hinaus gehende Beratungsbedarfe steht die Zentrale Ansprechstelle für politische Verantwortungsträger zu polizeilichen Sicherheitsfragen rund um die Uhr unter Tel.: 0211 871 3131 zur Verfügung.⁸

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Digitalisierung und nicht zuletzt seit der Corona-Pandemie nimmt zudem der Tatort Internet eine stärkere Rolle ein. In der heutigen Zeit ist es für Politiker/-innen in einer bürgernahen Kommunikation nahezu unerlässlich, auch online zu informieren bzw. ansprechbar zu sein, z.B. auf Social-Media-Kanälen. Gleichzeitig bietet die vermeintliche Anonymität des Internets ihrerseits Gefahren, Opfer von Anfeindungen, Hass-Postings und (politisch motivierter) Hetze zu werden. Das Internet ist kein rechtsfreier Raum. Für die Verfolgung von im Internet begangenen Straftaten stellt sich daher auch die Justiz entsprechend auf.⁹ Die Arbeit der Zentral- und Ansprechstelle Cybercrime (ZAC NRW) trägt entscheidend zur Bekämpfung von Hasspostings im Internet bei, u.a. durch die Verfolgung politisch motivierter Straftaten, die sich aus Ordnungswidrigkeitenverfahren des Bundesamts für Justiz nach dem NetzDG ergeben, oder die Durchführung herausgehobener Verfahren wegen politisch motivierter Hassrede in Internetforen.

Sowohl in der Präventionsarbeit als auch bei der Verfolgung von (strafrechtlich relevanten) Gewaltvorfällen und in der Nachsorge gibt es damit konkrete Angebote und Anlaufstellen für die Betroffenen. Auf diese wird u.a. durch die Netzwerke *#sicherimDienst* und „Stark im Amt“ sowie die Kampagne „Gefahrenzone Öffentlicher Dienst“ aktiv hingewiesen. Einen wichtigen Beitrag zur Verbreitung dieser Informationen, für mehr Aufmerksamkeit, Bewusstsein und Reichweite könnten – gerne unter Federführung des Landes - auch Medien, Parteien, Verbände und zivilgesellschaftliche Initiativen leisten.

Zur Bereitstellung von Haushaltsmitteln der Ehrenamts- u. Heimatförderung für Projekte der politischen Bildung zwecks Prävention von politischer Gewalt in der kommunalen Demokratie

Derartige Aktionen oder Veranstaltungen - und erst recht größere Projekte und Kampagnen - bedürfen neben einer guten Vorbereitung entsprechender finanzieller Mittel. Eine finanzielle Unterstützung von Projekten der politischen Bildung zur Stärkung der kommunalen Demokratie aus den Mitteln der Ehrenamts- und Heimatförderung ist daher zu begrüßen. Unterstützung bei der Umsetzung derartiger Vorhaben könnten neben den bereits beschriebenen Initiativen beispielsweise Träger der freien Jugendhilfe oder Träger der politischen Bildung leisten.

⁷ Vgl. Handlungsempfehlungen für Amts- und Mandatsträger <https://www.sicherimdienst.nrw/praevention/konkrete-hilfestellungen/mandats-und-besondere-amtstraeger>

⁸ Vgl. Präventionsempfehlungen des LKA NRW unter <https://polizei.nrw/artikel/praeventionshinweise-fuer-personen-des-oeffentlichen-lebens>

⁹ Weitere Hintergrundinformationen zur ZAC NRW im Interview unter <https://dbbjnrw.de/hasspostings-wer-kuemmert-sich-um-den-tatort-internet/>

Fazit

Kommunalpolitik ist die Basis unserer Demokratie. Hass, Hetze und Gewalt dürfen an dieser Stelle niemals Platz haben. Klar ist, dass Angriffe auf Menschen, die sich für unser Gemeinwesen einsetzen, immer auch ein Angriff auf unsere freiheitliche und demokratische Grundordnung sind. Diesem Gewaltphänomen muss sich die gesamte Gesellschaft entschieden entgegenstellen.

Meine Stellungnahme befasst sich mit Blick auf den vorliegenden Antrag mit der Zielgruppe der ehrenamtlichen Kommunalpolitiker/-innen. Gleichwohl sind der beschriebenen Situation neben den Ratsleuten insbesondere auch Beschäftigte des öffentlichen Dienstes an ihren Arbeitsplätzen in besonderer Weise ausgesetzt. Die Übergriffe auf uniformierte Einsatz- und Rettungskräfte von Feuerwehr, Rettungsdiensten, Polizei und Ordnungsämtern in der Silvesternacht markieren in erschreckender Weise einen neuen Höhepunkt der Gewalt gegen den Staat und offenbaren diese besondere Gefährdungslage abermals. Insofern sollte die Auseinandersetzung mit dem Gewaltphänomen und der Einsatz für mehr Schutz und Sicherheit der Menschen, die für unseren Staat im Einsatz sind, zwingend ganzheitlich erfolgen.

Klar ist, dass es vielschichtiger und interdisziplinärer Maßnahmen von Prävention, über Reaktion, Verfolgung und Nachsorge bedarf, um die Demokratie insb. an der Basis im kommunalpolitischen Ehrenamt zu stärken. Nicht zuletzt in Anbetracht der komplexen Herausforderungen in öffentlichen Aufgaben – sei es Digitalisierung, Klimawende oder demografischer Wandel – gilt es dieses Ziel auch auf höchster Ebene zu verfolgen. Erreichen können wir das meiner Ansicht nach nur in einem breiten Bündnis von Politik, Regierung, Verbänden und Parteien, Medien und der Zivilgesellschaft - mit dem Ziel Respekt und Wertschätzung zu einer Selbstverständlichkeit in der Gesellschaft zu machen.

Es gibt bereits eine Vielzahl von Initiativen, etablierten Strukturen und hilfreichen Ansätzen, um Gewalt, Hass und Hetze gegen ehrenamtlich tätige Ratsleute in der Kommunalpolitik einzudämmen. Mit Blick auf die Wirksamkeit bleibt es wichtig, alle vorhandenen Kanäle zur Kommunikation und Verbreitung der Netzwerke, Anlaufstellen und Informationen zu nutzen und wiederkehrend auf die Informationsangebote hinzuweisen. Eine zentrale Steuerung, Bündelung sowie Koordinierung der Maßnahmen auf Landesebene erscheint daher sinnvoll.

Die Stärkung demokratischer Werte und staatlichen Strukturen ist daher ein stetiger Prozess, der eine gesamtgesellschaftliche Anstrengung erfordert. Die Debatte über Demokratie und Toleranz, über Respekt, Wertschätzung und das Miteinander sollte von allen staatlichen Ebenen und gesellschaftlichen Institutionen aufgegriffen und unermüdlich vorangetrieben werden.

Gerne stehe ich für weitere Rückfragen zur Verfügung und wünsche erfolgreiche Beratungen und Beschlussfassungen im Rahmen der Ausschusssitzung.

Freundliche Grüße
Susanne Aumann

Kontakt: susanne.aumann@hspv.nrw.de

